



Dr. Viktor Bauer Public Relations GmbH

Aslangasse 93

A-1190 Wien

Tel. +43-1-320 95 45

Fax: +43-1-320 95 45-12

public.relations@viktorbauer.com

www.viktorbauer.com

Auszeichnungen:

Best Practice Award

Österreichischer Staatspreis für Public Relations

Deutscher PR-Preis



Kurzseminar Kommunikation in Krisensituationen

Dienstag, 15. September 2009
16.00 - ca. 18.30 Uhr
Urban Saal der Industriellenvereinigung
Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien

Die Referenten



Dr. Viktor Bauer



Mag. Anita Königer



Franz Holzschuh



Michael Mauritz



Dr. Viktor Bauer



Timing, Medieninteresse

Wahrheit - Ein Kind der Zeit
Aktive/passive Rolle

Tipps für die Kommunikation in Krisensituationen

1. Mauern hilft nicht/Schweigen führt zur Verurteilung
2. Medien haben mehrere Informationsquellen
3. Zeitfaktor bestimmt Berichterstattung
4. Wer informiert, beherrscht die Medien
5. Krisenfälle kann man üben

Bauer PR: Partner für Krisenkommunikation

- **Spezialseminare**
- **Tragfähige Medienbeziehungen**
- **Entscheidungssicherheit im Ernstfall**
- **Best Practice**

Kommunikation in Krisensituationen

Fallbeispiel 1:

Explosion Gaswaggon Viareggio (Italien)

GATX Rail Austria

Mag. Anita Köninger, Bauer PR

Kommunikation in Krisensituationen

Die ersten 24 Stunden:

- Der Schock: Unklarheit über Unfall, Betroffenheit
- Explosion der Medienberichterstattung
- Sofortmaßnahmen in der Presse

Österreich

ORF

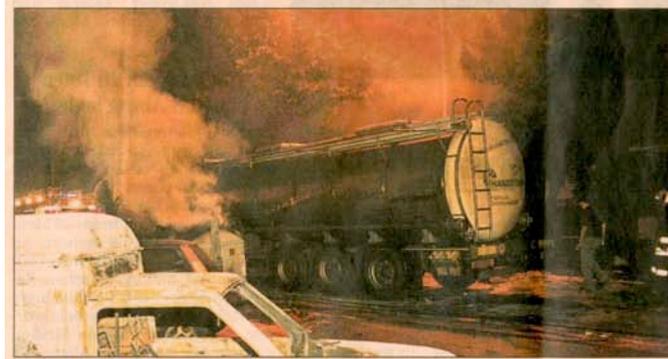
Zeit im Bild 2
30. Juni 2009
22.00 Uhr



Österreich

DER STANDARD

1. Juli 2009



Ein Achsenbruch bei einem Kesselwagen soll das Flammeninferno in Viareggio verursacht haben: Nachdem der vorderste Wagon umgekippt war, trat Gas aus und entzündete sich. Bis zu 25 Meter hoch sollen die Flammen gewesen sein. Das Feuer griff auf mehrere umliegende Gebäude über. Fotos: AP

Zugunfall: Mindestens 15 Tote

Viareggio: Zug entgleist, benachbarte Gebäude beschädigt

Gerhard Mumelter aus Rom

Die Explosion eines mit Flüssiggas gefüllten Tankwagens hat am Bahnhof des toskanischen Badeortes Viareggio mindestens 15 Tote und über 30 Verletzte gefordert. 15 Menschen schweben in Lebensgefahr, drei galten Dienstag als vermisst. Das Unglück ereignete sich kurz vor Mitternacht, als ein aus 14 Wagnen bestehender Güterzug am Bahnhofsgelände entgleiste.

Ausgelöst wurde die Katastrophe nach Überzeugung der Feuerwehr durch den Bruch eines Fahrwerks, das zum Umkippen eines der vorderen Wagnen führte. Das aus dem beschädigten Kesselwagen austretende Gas habe sich in der Folge entzündet. Der Großbrand mit bis zu 25 Meter hohen Flammen zerstörte fünf benachbarte Gebäude und beschädigte zahlreiche weitere.

Der Zivilschutz richtete vor Ort ein Notlazarett zur Erstversorgung der Verletzten ein. Opfer mit schweren Brandverletzungen wurden nach Pisa, Genua, Turin und Rom geflogen. Rund 700 Menschen mussten evakuiert werden. Feuerwehrleute sprachen von apokalyptischen Szenen: Menschen seien „wie brennende Fackeln“ aus dem Flammeninferno geflüchtet. Augenzeugen hielten das austretende Flüssiggas zunächst für eine Staub-

wolke. „Die Explosion war wie ein Tornado und ein Erdbeben zugleich“, berichtete ein Zeuge. „Ich rannte um mein Leben.“ Die Feuerwehr entleerte am Nachmittag die umgestürzten Wagnen und füllte das Gas in Tankwagen um.

Im Eisenbahnverkehr führte das Unglück zu stundenlangen Verspätungen. Premier Silvio Berlusconi und Innenminister Roberto Maroni trafen im Lauf des Dienstags am Unfallort ein. Der verunglückte Güterzug war nach Caserta in Süditalien unterwegs gewesen und fuhr zum Unfallzeitpunkt mit einer zulässigen Geschwindigkeit von 90 Stundenkilometern durch den Bahnhof.

Kesselwagen aus Österreich

Nach Auskunft der italienischen Eisenbahnverwaltung gehören die Kesselwagen dem österreichischen Unternehmen GATX Rail Austria mit Sitz in Perchtoldsdorf. Die auf die Vermietung von Schienenfahrzeugen spezialisierte Firma sei auch für die Wartung der Waggons verantwortlich. In einer Aussendung erklärte die Firma GATX, sie sei „in höchstem Maße interessiert, jeden notwendigen Beitrag zur Aufklärung zu leisten.“ Sie sehe aber noch „keinen ursächlichen Zusammenhang zwischen der auslösenden Unfall-Ursache und unseren Waggons“.

Österreich

KURIER

1. Juli 2009

Italien Die Feuerhölle von Viareggio



Löscharbeiten: Feuerwehr Einsatz am Bahnhof von Viareggio. Fünf von 12 Flüssiggas-Waggons entgleisten, eine Explosion war die Folge

Die Explosion eines Flüssiggas-Güterzuges verwüstete die toskanische Stadt. Mindestens 16 Menschen starben.

VON IRENE MAYER-KILANI RDM

Ein verheerendes Zugunglück hat im toskanischen Badeort Viareggio eine Spur der Verwüstung hinterlassen. Dienstag entgleisten fünf mit Flüssiggas gefüllte Kesselwaggons unweit des Bahnhofs, der im Stadtzentrum liegt. Das explodierende Gas entfachte ein nächtliches Flammeninferno.

Flammenwalze Mindestens 16 Menschen kamen ums Leben, darunter zwei Kinder. Vier Personen galten noch vermisst. Dutzende wurden mit schwersten Brandverletzungen in Kliniken eingeliefert, Häuser stürzten ein, Autos wurden beschädigt. Tausend Menschen mussten evakuiert werden.

Um weitere Detonationen zu verhindern, versuchen Einsatzkräfte schnell das verbliebene Gas aus den Tanks zu pumpen.

Feuerwehren suchten in eingestürzten Häusern nach Verschütteten. „Zwei Mädchen lagen tot in den Trümmern. Ein Bub, dessen Bein von einem Balken eingeklemmt war, schrie nach Hilfe und konnte im letzten Moment vor den Flammen gerettet werden“, erzählt Anrainer Alessandro Del Lupo.

Augenzeugen berichten, dass der Zug mit stark überhöhten Geschwindigkeit in den Bahnhof einfuhr. „Er

„Ich habe mir sofort gedacht, dass es dabei viele Todesopfer geben wird.“

Folco Apanti Bahnhofswirt

konnte nicht mehr bremsen, kurz darauf waren mehrere Explosionen zu hören.“ Die Detonation hatte die „Kraft einer Bombe“ und war so heftig, dass 300 Meter entfernte Häuser einstürzten.

„Viele Anrainer wurden aus dem Schlaf gerissen und liefen in Panik aus ihren Häusern“, erzählt Folco Apanti, der das „Buffet della stazione“ betreibt. „Als der Zug, der bereits in Flam-

men stand, vorbeiraste habe ich habe mir sofort gedacht, dass es dabei viele Todesopfer geben wird.“

Achsenbruch Laut ersten Ermittlungen führte technisches Versagen zu dem Unglück. Ein Sprecher der italienischen Ferrovie dello Stato (FS) erklärte, dass ein Achsenbruch an einem der ersten Waggons das Desaster ausgelöst haben könnte.

Unterdessen berichtete der ORF, die Spur der Unglück-Waggons führt nach Österreich zur Firma GATX in Perchtoldsdorf. Unklar ist jedoch noch, ob GATX auch für die Wartung und Instandhaltung der Waggons zuständig ist. Gewerkschaften hatten wiederholt auf die mangelnde Sicherheit hingewiesen.



Zerstörung: Autos brannten völlig aus



Trümmer: Häuser in der Nähe des Bahnhofs stürzten ein



ÖSTERREICHISCHE
MARKETING-GESellschaft
in Zusammenarbeit mit dem
Deutschen Marketing-Verband

Die Presse

Wirtschaftsförderung der Führungskräfte
WdF

ACG Austria

iv INDUSTRIELLEN
VEREINIGUNG

Bauer PR

Österreich

ÖSTERREICH

1. Juli 2009

Die Flammen schossen Hunderte Meter in die Höhe.

Zug-Inferno in Italien: 16 Tote

Zug mit Flüssiggas explodiert
Waggons waren aus Österreich

Der Güterzug war auf dem Weg von La Spezia nach Pisa.

Es sind Bilder wie aus dem Zweiten Weltkrieg. In Viareggio flog ein Güterzug in die Luft. Die Waggons gehören einer österreichischen Firma.

Viareggio. Es war knapp nach Mitternacht, als es in der toskanischen Küstenstadt Viareggio krachte wie bei einer Bomben-Explosion. Die verheerende Bilanz: Mindestens 16 Tote (darunter drei Kinder), 37 Verletzte, 15 Menschen schweben in Lebensgefahr, darunter ein zweijähriges Kleinkind, das mit schwersten Verbrennungen in eine Spezialklinik nach Florenz gebracht wurde.

Ursache des Unglücks: Bei Wagon brach Achse

„Ich befürchte, dass einige nicht schaffen werden, da sie Brandwunden auf 100 Prozent des Körpers haben“, sagt Italiens Zivilschutzchef Bertolaso.

Ein Güterzug mit 14 Waggons war kurz vor dem Bahnhof von Viareggio, der im Zentrum der Stadt liegt, entgleist. Der Zug war vorschriftsmäßig mit 90 km/h unterwegs, als die Vorderachse eines Waggons brach. Aus einem Tankwaggon lief Flüssiggas aus, das sich in der Luft zu einer Gaswolke formte.

Ein Funke genügte für die Explosion. Durch die Wucht der Detonation stürzten zwei angrenzende Gebäude ein, mehrere Häuser gerieten in Brand. Aus Furcht vor weiteren Detonationen wurden 1.000 Menschen in Sicherheit gebracht. Die beiden Lokführer haben das Unglück überlebt.

„Ich habe die Explosion gehört und bin raus auf die Straße. Da stand ich in den Flammen, vor mir auf dem Boden lag eine verkohlte Leiche“, sagte ein Augenzeuge. „Es sah aus, als ob ein Krieg ausgebrochen wäre“, erzählte ein weiterer.

Österreich schickt Experten nach Italien

Die Unglückswaggons gehören einer österreichischen Firma, GATX Rail Austria aus Perchtoldsdorf, NÖ. Sie schickte Dienstag einen Mitarbeiter nach Italien. GATX Rail Austria, eine Tochter des IUS-Konzerns GATX, vermietet Kesselwaggons für den Transport von Chemikalien. Mit dem Betrieb der Waggons habe man jedoch nichts zu tun, hielt die Firma in einer Aussendung fest.

Italienische Medien halten allerdings dagegen. Für die „die Wartung der strukturellen Elemente des Waggons“ sei die österreichische Firma zuständig“, schreibt etwa der *Corriere della Sera*. (red)

Katastrophengebiet: Bahnhofsgelände im Zentrum der Stadt.

Weitere entgleiste Waggons drohen zu explodieren.

Die Rettungskräfte: mit ihren Nerven und Kräften am Ende.

Wie im Krieg: das verwüstete Zentrum von Viareggio.



ÖSTERREICHISCHE
MARKETING-GESellschaft
in Zusammenarbeit mit dem
Deutschen Marketing-Verband

Die Presse

Wirtschaftsförderung der Führungskräfte
WdF

ACG Austria

iv INDUSTRIELLEN
VEREINIGUNG

Bauer PR

Italien

Tagelang Titelstory in allen Zeitungen, Radio und TV-Nachrichten:

- „Apokalypse“
- „Inferno“
- „Bomben-Zug“
- „Killer-Zug“

Italien



1. Juli 2009

Viareggio. Cede un carrello, deraglia un treno con vagoni cisterna pieni di gpl. L'esplosione e le fiamme provocano devastazione nel raggio di 300 metri



Apocalisse alla stazione

Accertate 14 vittime, molti feriti gravi, mille sfollati

IL NODO DEI CONTROLLI

Trasporti
E subito tornano gli interrogativi sulla sicurezza

- L'onda d'urto ha fatto crollare due palazzine e ne ha danneggiate altre cinque. S'indaga per disastro e omicidio colposo
- Un sedicenne muore asfissiato dopo avere salvato la sorellina di due anni, gravemente ustionata
- Ritardi sulla linea tirrenica. Serviranno giorni prima che la circolazione torni regolare
- Berlusconi: nel Consiglio dei ministri sarà decretato lo stato di emergenza, il governo ricostruirà le case distrutte

I SERVIZI NELLE PAGINE DI PRIMOPIANO 4/5/6/7

Italien



Roma **E Polis**

1. Juli 2009

Italien

LA STAMPA

1. Juli 2009

Lo scoppio fa crollare due palazzine: tre dispersi, trenta feriti gravi. Bimbo di otto anni salvato dalle macerie. Contestato il premier

La strage del treno bomba

Viareggio, un convoglio carico di gas deraglia e esplode in stazione: 16 le vittime



La stazione ferroviaria di Viareggio pochi attimi dopo l'esplosione del treno merci proveniente da Trecate e diretto a Gricignano d'Aversa: subito si è messa in moto la macchina dei soccorsi

Una vampata mortale e improvvisa per l'esplosione della nube di gpl ha carbonizzato di colpo almeno 14 persone e ne ha ustionato gravemente oltre trenta, mentre la stazione andava semidistrutta e interi condomini erano spazzati via: dalla mezzanotte di lunedì Viareggio, come raccontano alcuni soccorritori, «è una piccola Pompei», con una lunga fila di cadaveri all'obitorio dell'ospedale le cui forme plastiche evocano la terribile eruzione del Vesuvio.

LE CAUSE. Disastro ferroviario, omicidio colposo plurimo e incendio colposo: sono queste le ipotesi di reato per le quali la procura di Lucca sta indagando. Sotto choc i macchinisti: «Abbiamo frenato e siamo riusciti a scappare. Ci sentiamo due miracolati».

Corbi, Giovannini, Manacorda e Neirotti DA PAG. 2 A PAG. 9

Italien

IL TEMPO
QUOTIDIANO INDIPENDENTE DI ROMA

1. Juli 2009

L'esplosione dei vagoni di gas ha fatto terra bruciata intorno alla stazione. Almeno 14 morti

Viareggio, è stato un inferno



Il commento

TRA CORRENTI E VOLATILITÀ

Il governo tira
ma questo Pdl
così non va

di GIANFRANCO ROTONDI



A un an-
no dal-
la nascita
del Pdl e a
pochi mesi
dal primo
congresso,
azzardo un

bilancio. Alcuni dicono
che la fusione di Forza
Italia e An non è riuscita



«Nel prossimo Cdm lo stato d'emergenza»

di GIANCARLA RONDINELLI

Una reazione così forse non se l'aspettava. Considerato che la piazza è di quelle "amiche", con un comune gestito proprio dal suo partito, il Pdl. Ed invece ad accogliere Berlusconi appena arrivato nella sede del Municipio, c'erano due tifoserie. Piccole, ma con toni da stadio.

→ segue a pag. 5

di MAURIZIO GALLO

L'inferno arriva a mezzanotte. Viaggia su un treno merci e proviene da Novara. Il convoglio di nove cisterne carico di gpl sta passando dalla stazione di Viareggio, quando uno dei carrelli, il primo o il secondo, cede. Il convoglio deraglia tra le scintille, l'assassino liquido scivola via dall'enorme bombola su rotaie, si diffonde nell'area intorno allo scalo e prende fuoco. È una strage: 14 morti, 3 dispersi, 30 feriti, con ustioni sulla maggior parte del corpo.

→ segue alle pag. 2 e 3

Italien

Il Messaggero

1. Juli 2009

L'esplosione del treno/Le Fs: ha ceduto un asse. I sindacati: tragedia annunciata. Fischi e applausi per Berlusconi

L'inferno degli innocenti

Viareggio: 14 morti, 4 dispersi, 36 feriti. La Procura indaga per disastro ferroviario



LA MORTE, IL DOLORE

Sopra, le fiamme divampano dopo l'esplosione. A sinistra, una donna piange in attesa di notizie sulle persone coinvolte nella tragedia



LO STRAZIO NEGLI OCCHI
Eccolo l'inferno, un treno rovesciato che sparge dolore nel cuore d'Italia. Anche i vivi sembrano senza vita

VIAREGGIO – Arsi vivi, bruciati, sfigurati. La conta è di 14 morti, tra cui un bambino, 36 feriti, 15 sono gravissimi, e tre o quattro dispersi. L'area della stazione di Viareggio è un inferno di fuoco: fiamme alte decine di metri, la notte sospesa tra urla, disperazione, orrore. Un treno merci con 14 vagoni carichi di cisterne di gpl deraglia, uno si ribalta e si danneggia. Fuoriesce gas. Poi gli scoppi. Crollano due palazzine. Le fiamme avvolgono case, auto, persone, bambini per centinaia di metri.

SERVIZI DA PAG. 2 A PAG. 6
LE PAROLE CHIAVE: GPL E CEDIMENTO STRUTTURALE,
INTERVISTA
A VINCENZO SOPRANO, LE E-MAIL DEI LETTORI

Il decreto/Pagamenti della pubblica
Tremonti: per i crediti
Luce e gas meno cari

ROMA – Il decreto anticrisi varato dal governo sblocca 23 miliardi di crediti vantati dalle imprese nei confronti

GLI INTERVENTI
IL VALORE DE
di M
E LA MANOVRA

Italien

la Repubblica

3. Juli 2009

Viareggio: stop ai vagoni Gatx. I morti sono 19

Bloccata la ditta del treno killer

Dati Istat sul primo trimestre
Cadono tutte le Borse

Deficit-Pil
alla quota record
del 9,3 per cento
Usa e Ue, cresce
la disoccupazione

MANIA, PARENTE E PETRINI
ALLE PAGINE 12 E 13

VIAREGGIO — Mentre sale a 19 il numero delle vittime dell'incidente di Viareggio, il Gruppo Ferrovie dello Stato ha deciso di sospendere i trasporti con i carri della società Gatx (proprietaria dei vagoni deragliati) e la loro circolazione sulla rete ferroviaria italiana. «Il provvedimento — spiegano le Ferrovie — sarà mantenuto in vigore fino a quando non verranno fornite da Gatx informazioni certificate e chiarimenti». Intanto a Viareggio continua il lavoro di identificazione: 9 corpi sono ancora senza nome.

SERVIZI DA PAGINA 6
A PAGINA 11

PR-Strategie GATX Rail Austria

Mediananfragen beantworten

- Ein Sprecher
- Prioritäten setzen (Redaktionsschlüsse!)
- Keine TV-Interviews, solange Ursachen des Unglücks unklar

PR-Strategie GATX Rail Austria (2)

- Schriftliche Stellungnahme von GATX Rail Austria
in 16 Ländern publiziert
Bedauern ausdrücken
Bereitschaft zur offenen Kommunikation und Unterstützung
der Behörden signalisieren
- Börsennotiertes Unternehmen: Jedes Wort hat
rechtliche Auswirkungen

PR-Strategie GATX Rail Austria

Erfolg:

GATX Statement in den Medien in 16 Ländern zitiert

Weitere Behandlung auf rechtlicher Ebene durch
Europa-Zentrale der GATX-Gruppe

Kommunikation in Krisensituationen

Fallbeispiel 2:

Schuss vor den Bug - Österreichische Produkte im Fadenkreuz (2007)

Franz Holzschuh, M & A Spezialist

Der Angriff

Meldung im

GUARDIAN (London) am 13. Februar 2007

Der Vorwurf

An Iran gelieferte Steyr-Mannlicher
Scharfschützengewehre wurden im Irak gegen US-
Soldaten eingesetzt

13.2.2007

Daily Telegraph

Iraqi insurgents using Austrian rifles from Iran

By Thomas Harding, Defence Correspondent
Last Updated: 7:05pm GMT 13/02/2007

Audio: Revelation makes US action against Iran more likely, says Thomas Harding

Austrian sniper rifles that were exported to Iran have been discovered in the hands of Iraqi terrorists, The Daily Telegraph has learned.

More than 100 of the .50 calibre weapons, capable of penetrating body armour, have been discovered by American troops during raids.

The Steyr HS50 is a long range, high precision rifle
The guns were part of a shipment of 800 rifles that the Austrian company, Steyr-Mannlicher, exported legally to Iran last year.

The sale was condemned in Washington and London because officials were worried that the weapons would be used by insurgents against British and American troops.

Within 45 days of the first HS50 Steyr Mannlicher rifles arriving in Iran, an American officer in an armoured vehicle was shot dead by an Iraqi insurgent using the weapon.

Over the last six months American forces have found small caches of the £10,000 rifles but in the last 24 hours a raid in Baghdad brought the total to more than 100, US defence sources reported.

13.2.2007 Daily Telegraph

Advertisement

The find is the latest in a series of discoveries that indicate that Teheran is providing support to Iraq's Shia insurgents.

Mahmoud Ahmadinejad, the Iranian president, yesterday denied that Iran had supplied weapons to Iraqi insurgents. But on Sunday US officials in Baghdad displayed a range of weapons they claimed had originated in Iran.

They said 170 American and British soldiers had been killed by such weapons.

The discovery of the sniper rifles will further encourage those in Washington who want to see Iran's uranium-enriching facilities destroyed before a nuclear weapon is produced.

The Foreign Office expressed "serious concerns" over the sale of the rifles last year and Britain protested to the Austrian government.

A Foreign Office spokesman said last night: "Although we did make our worries known the sale unfortunately went ahead and now the potential that these weapons could fall into the wrong hands appears to have happened."

The rifle can pierce all body armour from up to a mile and penetrate armoured Humvee troop carriers.

It is highly accurate and fires a round called an armour piercing incendiary, a bullet that the Iranians manufacture.

The National Iranian Police Organisation bought the rifles allegedly to use them against drug smugglers in an £8 million order placed with Steyr in 2005.

The company was given permission to export them by the Austrian government, which is not a Nato member.

APA-Meldung vom 13. Februar 2007

APA0232 5 AI 0262 W/II Siehe APA0199/13.02 Di, 13.Feb 2007

Rüstung/Waffen/Mannlicher/Oberösterreich

Stichwort - Schusswaffenproduzent Steyr Mannlicher

Utl.: Niederösterreichische Waffenschmiede war Keimzelle des späteren Steyr-Daimler-Puch-Konzerns - 100 Mitarbeiter, 13 Mio. Euro Umsatz =

Wien (APA) - Der Feuerwaffenproduzent Steyr Mannlicher, der (ehemaligen) Präsenzdienern vor allem als Hersteller der Sturmgewehre des Bundesheeres (StG 58 und StG 77) bekannt ist, hat im vergangenen Jahr mit rund 100 Mitarbeitern einen Umsatz von 13 Mio. Euro gemacht. Unter der Premium-Marke "Mannlicher" exportiert man Jagdgewehre, unter dem Brand "Steyr Arms" Feuerwaffen für Militär und Polizei in aller Welt. Die 1864 gegründete Waffenschmiede hat seit wenigen Wochen einen neuen Eigentümer.

Der 52-jährige Unternehmensberater Franz Holzschuh hat das Unternehmen im Jänner von Wolfgang Furlinger erworben, der es 2001 seinerseits von der Creditanstalt (CA) gekauft hatte. Steyr Mannlicher war Teil und historische Keimzelle des späteren Steyr-DaimlerPuch-Konzerns, der ab 1998 zerschlagen wurde. Seine Bestandteile finden sich heute u.a. bei Magna Steyr, im Panzerproduzenten Steyr Spezialfahrzeuge (General Dynamics) und dem Autozulieferer ZF Friedrichshafen.

Wegen der gegenwärtig wieder in den Blickpunkt des Interesses geratenen Lieferung in den Iran ist Steyr Mannlicher seit etwa einem Jahr von einem US-Embargo belegt, was laut Holzschuh aber "praktisch keine Auswirkungen hat", Das Embargo beziehe sich ausschließlich auf US-Bundesbehörden und betreffe daher nur die US-Armee, sagte Holzschuh am Dienstag in einem APA-Gespräch. Einzelstaatliche US-Behörden wie die Polizei seien davon nicht erfasst. Das US-Embargo soll laut Holzschuh Ende 2007 auslaufen.

Das Unternehmen, schreibt nach Angaben des Neo-Eigentümers Gewinne. Steyr Mannlicher produziert lediglich in Österreich, genauer: Niederösterreich (die Firma soll ganze 10 Meter weit von der Grenze zu Oberösterreich entfernt sein). Die Arbeitsplätze bezeichnete Holzschuh am Montag als "absolut sicher".
(Schluss) mer/an

13.2.2007

Klarstellung APA-Bericht

Unternehmen/Industrie/Rüstung/Waffen/Steyr/Irak/USA/Kooperationen

Steyr Mannlicher wehrt sich gegen US-Verdächtigungen

Utl.: Gewehre, die im Irak gefunden wurden, sind nicht identifiziert und können auch aus Fremdproduktion kommen. =

Wien (OTS) - Der neue Eigentümer von Steyr Mannlicher, Franz Holzschuh, wehrt sich gegen Beschuldigungen seitens der USA, dass die im Irak aufgetauchten Steyr Mannlicher Gewehre aus dem seinerzeitigen, von österreichischen Behörden bewilligten, Export in den Iran stammen könnten:

1. Der seinerzeitige Export von 800 Steyr Mannlicher Gewehren in den Iran war voll durch die heimischen Behörden bewilligt und gedeckt, da der Iran kein kriegsführendes Land sei und eine Ausfuhr daher völlig legitim nach den strengen Exportauflagen war.
2. Steyr Mannlicher liefert auch stets nur an Regierungen bzw. Regierungs-Stellen wie etwa Antiterror-Einheiten und nie an private Waffenhändler oder Firmen.
3. Die im Irak aufgetauchten Gewehre österreichischer Provenienz sind noch nicht identifiziert, das heißt, es müssen zuerst die Produktions-Nummern gegengecheckt werden, um genau sagen zu können, wohin diese Gewehre ursprünglich geliefert wurden.
4. Da die Lizenz für diese Gewehre international bereits abgelaufen ist, können diese Waffen auch jederzeit von anderen Erzeugern "nachgebaut" werden. Es ist daher keineswegs gesagt, dass diese Gewehre überhaupt in Österreich erzeugt wurden.

Franz Holzschuh betont, dass Steyr Mannlicher selbst extrem an einer lückenlosen Aufklärung über die Herkunft dieser Gewehre interessiert ist und hat den US-Behörden volle Zusammenarbeit angeboten.



Der „Medien Tsunami“



Steyr-Verantwortliche: Die Waffen werden seit Jahren nachgebaut!

Steyr-Waffen im Irak aufgetaucht

Österreichische Waffen im Irak gefunden, die 2005 in den Iran geliefert wurden. Deal sorgte damals für Kritik. Firma wehrt sich: „Es sind Fälschungen.“

Als im Jahr 2005 die niederösterreichische Firma Steyr-Mannlicher 800 Scharfschützengewehre an den Iran lieferte, sorgte das für heftige Kritik der USA, Großbritannien und auch im Inland. Mehr als 100 Waffen dieser Lieferung wurden nun bei Razzien im Irak gefunden, berichtete der „Daily Telegraph“ am Dienstag. Ein US-Soldat soll bereits 45 Tage nach der Lieferung der ersten Gewehre an den Iran im Irak in seinem gepanzerten Fahrzeug erschossen worden sein.

Der Zeitungsbericht führte nun in London und Wien erneut zu Kritik an der früheren Regierung von Wolfgang Schüssel (ÖVP), der das Geschäft 2004 genehmigte. Die Waffen seien dazu gedacht gewesen, die iranische Polizei im Kampf gegen Drogenschmuggler zu unterstützen, argumentierte damals der Waffenproduzent. Verantwortlich für den Deal waren damals nur ÖVP-Politiker: Innenminister Ernst Strasser, der heutige Innen- und damalige Verteidigungsminister Günther Platter, Außenministerin Ursula Plassnik und Ex-Kanzler und ÖVP-Klubobmann Wolfgang Schüssel.

Einer der vehementesten Gegner war Peter Pilz. „Ich habe

ihnen schon damals gesagt dass die Gewehre im Irak landen“, so der Grünen-Sicherheitssprecher.

Der Deal führte schließlich sogar zu einem Embargo der USA gegen die Firma. Washington beschuldigt den Iran seit langem, die Rebellen im Irak zu unterstützen.

Fälschungen

Laut Steyr-Mannlicher gibt es bisher noch keinen Anhaltspunkt dafür, dass es sich bei den Waffen und Produkte des Unternehmens handelt. „Es hat auch noch keine der sonst üblichen behördlichen Anfragen gegeben“, sagte der seit zwei Wochen neue Eigentümer Franz Holzschuh.

„Wenn eine Waffe von uns irgendwo gefunden wird, veranlassen die ausländischen Behörden normalerweise eine Seriennummern-Anfrage“, erklärt er, „wir wurden bisher nur mit dem Zeitungsartikel konfrontiert“. Bis zur Anfrage vergehe nach dem Auftauchen normalerweise ein Tag.

Holzschuh geht davon aus, dass es sich um Fälschungen handelt. Die Patente seien schon seit ertlichen Jahren ausgelaufen, „die Gewehre werden seit Jahren nachgebaut“.



14. Februar 2007

Hochbrisante Waffenfunde

Laut einer britischen Zeitung tauchten österreichische Steyr-Gewehre im Irak auf.

ÖSTERREICH, IRAK. US-Soldaten haben einem britischen Zeitungsbericht zufolge mehr als 100 österreichische Gewehre im Irak gefunden, die eigentlich in den Iran geliefert worden waren. Einzelne Scharfschützengewehre des heimischen Herstellers Steyr-Männlicher seien bereits in der Vergangenheit gefunden worden, Razzien während der letzten

24 Stunden hätten die Zahl aber deutlich erhöht, berichtete gestern der „Daily Telegraph“.

Die Waffen vom Typ HS50 sollen Teil einer Lieferung von insgesamt 800 Gewehren sein, die 2005 zwecks Bekämpfung des Drogenschmuggels an die iranische Polizei verkauft worden waren. Das Exportgeschäft war 2004 genehmigt worden, Großbritannien

und die USA hatten schon damals dagegen protestiert.

„Nun hat sich offensichtlich bewahrt, dass diese Waffen in die falschen Hände fallen können“, teilte ein Sprecher in London mit. Die USA konnten den Fund nach Angaben der US-Botschaft in Wien noch nicht bestätigen, ebenso wenig das Außenwie das Innenministerium. Der

Grünen Sicherheitssprecher Peter Pilz sagte, damals seien „Attentatswaffen der Extraklasse“ an die „Terrorfreunde im Iran geliefert“ worden. Von Seiten Steyr-Männlicher hieß es, dass es sich bei den Präzisionswaffen, die sogar auf große Entfernungen gepanzerte Fahrzeugwände durchschlagen können, um Fälschungen handeln könnte.

14. Februar 2007

Das Scharfschützengewehr HS 50

Nach Lieferungen an Iran sind solche Gewehre im Irak aufgetaucht

- Hersteller: Steyr Mannlicher GmbH
- Gewicht: 12,4 kg
- tödlich auf zwei Kilometer Entfernung
- Preis: ca. 5000 Euro

durchschlägt auf 1000 Meter eine daumendicke Stahlplatte

- 2004 wurden 800 Gewehre dieser Bauart in den Iran verkauft
- Im Februar 2007 tauchen laut Medienberichten HS 50- Gewehre bei Milizen im Irak auf

Grafik: © APA, Quelle: APA/Steyr

Steyr-Waffen im Irak gelandet?

US-Soldaten haben nach britischen Zeitungsberichten im Irak mehr als hundert österreichische Gewehre gefunden, die ursprünglich in den Iran exportiert worden sein sollen.

Die Scharfschützengewehre des oberösterreichischen Waffenproduzenten Steyr Mannlicher seien in den vergangenen sechs Monaten bei Razzien der amerikanischen Truppen gefunden worden.

Die meisten der österreichischen Waffen sind laut dem Bericht innerhalb der letzten zwei Tage bei einer Razzia in Bagdad gefunden worden;

Sowohl das Innen- als auch das Außenministerium bestä-

tigten die angeblichen Waffenfunde bis jetzt nicht. Laut den Sprechern sind die Ministerien bisher nicht von den US- oder anderen ausländische Behörden in der Sache kontaktiert worden.

Auch Nachbauten möglich

Die Lieferung der 800 Gewehre vom Typ HS50 erfolgte laut neuen Eigentümer von Steyr Mannlicher, Franz Holzschuh, zwischen November 2004 und Februar 2005. Die Herkunft der im Irak gefundenen Waffen sei noch nicht bestätigt, was anhand der Seriennummer aber möglich sei. Holzschuh erklärte, bei den Waffen könne es sich auch um Nachbauten handeln. Die Patente seien ausgelaufen.

RUNDSCHAU

Oberösterreich

14. Februar 2007

STEYR-GEWEHRE / Teil einer Lieferung an die iranische Polizei ist im Irak aufgetaucht

Waffen für den Terror

STEYR, WIEN / US-Soldaten haben einem britischen Zeitungsbericht zufolge mehr als hundert österreichische Gewehre im Irak gefunden, die eigentlich in den Iran geliefert wurden. Einzelne Scharfschützengewehre von Steyr-Mannlicher seien bereits in den letzten Monaten gefunden worden, nach jüngsten Razzien sei die Zahl aber auf mehr als 100 Stück angewachsen, berichtete die

HS50 waren für die iranische Polizei bestimmt, die damit nach eigenen Angaben gegen Drogenschmuggler vorgehen wollte. Großbritannien und die USA hatten schon damals gegen das Geschäft protestiert.

dieser Waffe getötet worden.



Auch innenpolitisch hatte der Waffendeal damals für Turbulenzen gesorgt.

Pilz kritisiert Schlüssel

Nun beklagt der Grüne Sicherheitsprecher Peter Pilz, dass „Attentats-

waffen der Extraklasse an Terrorfreunde im Iran geliefert“ worden seien.

„Ich habe damals schon gesagt, das (Anm.: die Gewehre) landet im Irak“, sagt Pilz, der den früheren Innenminister Ernst Strasser, den damaligen Verteidigungsminister Günther Platter, Außenministerin Ursula Plassnik sowie Ex-Kanzler und ÖVP-Klubobmann Wolfgang Schäussel für diesen Deal verantwortlich macht.

Steyr-Scharfschützengewehre dieses Typs sind nun im Irak aufgetaucht.

FOTO: APA

170 tote Soldaten

Bereits 45 Tage nach der Lieferung an den Iran soll der erste amerikanische Soldat mit einem solchen Steyr-Gewehr im Nachbarland Irak erschossen worden sein. Laut US-Angaben seien nun schon 170 britische und amerikanische Soldaten mit

britische Zeitung „The Daily Telegraph“. Die Waffen seien Teil einer Lieferung von insgesamt 800 Gewehren, die der österreichische Hersteller im Jahr 2005 an den Iran verkauft habe. Die Waffen der Type

Stichwort: Steyr-Mannlicher HS50

Das „Steyr HS50“ ist eine Präzisionswaffe, die auf größere Entfernungen gepanzerte Fahrzeugwände durchschlagen kann. Im Internet wird ein Preis von 5190 Euro angegeben. Die Waffe verwendet das für Maschinengewehre entwickelte Kaliber 12,7 x 99 mm. Auf zwei Kilometer hat sie eine tödliche Wirkung auf Menschen. Mit spezieller Munition kann auf 1000 Meter eine daumendicke Stahlwand durchschlagen werden. Mit wenigen Handgriffen kann das HS50 auseinandergenommen und wieder zusammengebaut werden. Mit seiner Technik zählt es zu den modernsten und präzisesten Scharfschützengewehren der Welt.



ÖSTERREICHISCHE
MARKETING-GESellschaft
in Zusammenarbeit mit dem
Deutschen Marketing-Verband

Die Presse

Wirtschaftsforschung der Führungskräfte
WdF

ACG Austria

iv INDUSTRIELLEN
VEREINIGUNG

Bauer PR

Pentagon bestätigt: Steyr-Scharfschützengewehre im Irak

Bei den 100 von US-Truppen im Irak gefundenen Scharfschützengewehren dürfte es sich tatsächlich um Steyr-Männlicher-Produkte handeln. Das US-Verteidigungsministerium bestätigte gestern gegenüber dem ORF entsprechende Berichte britischer Medien.

Insgesamt 100 Steyr-Männlicher-Gewehre seien bei Razzien am 12. und 13. Februar sichergestellt worden. Laut Pentagon wurden die Waffen im Raum Bagdad entdeckt. Amerikanische und britische Behörden vermuten, dass es sich um Gewehre handelt, die im Jahr 2005 von Österreich in den Iran geliefert worden waren. Das Innenministerium hatte im November 2004 nach Rückspra-

che mit dem Außen- und dem Verteidigungsministerium den Export von 800 Scharfschützengewehren an die iranische Grenzpolizei genehmigt – zum Kampf gegen den Drogenhandel.

Schon damals äußerten britische und amerikanische Behörden die Befürchtung, die Waffen könnten bei schi-

itischen Aufständischen im Irak landen. Die USA beschuldigen den Iran seit langem, schiitische Aufständische im Irak zu unterstützen. Auch innenpolitisch war der Deal umstritten.

Innen- und Außenministerium wiesen die Vorwürfe zurück: Rechtlich habe nichts gegen eine Genehmigung gesprochen. Ein Steyr-Sprecher äußerte die Vermutung, dass es sich bei den im Irak gefundenen Gewehren um Nachbauten der „Steyr HS.50“ handeln könnte; dass es sich bei

den im Raum Bagdad gefundenen Waffen also nicht um Exemplare aus der Iran-Charge handle.

30.000 Pistolen Gestern wurde auch bekannt, dass im Herbst vergangenen Jahres 30.000 Pistolen der heimischen Firma Glock an die irakische Polizei verkauft wurden. Das für die Genehmigung zuständige Wirtschaftsministerium sieht darin kein Problem: Einerseits fielen Pistolen nicht unter das Kriegsmaterialgesetz; andererseits hätten die irakischen Behörden den Sicherheitszweck nachweisen können, so das Ministerium gegenüber dem ORF-Radio. Laut US-Armee „verliert“ die irakische Polizei jede 20. Waffe.



Iranischer Elitesoldat übt mit der Steyr-Waffe

ÖSTERREICH

14. Februar 2007



Peter Pilz: Die Pistolen könnten am Schwarzmarkt im Irak landen.

Pilz: Genehmigung erst auf Intervention

30.000 Glock-Pistolen für Irak

Wirtschaftsminister Bartenstein hat die Lieferung von 30.000 Pistolen der Firma Glock an das irakische Innenministerium genehmigt.

Wien. Der grüne Sicherheitssprecher Peter Pilz ortet einen neuen Skandal um österreichische Waffen im Irak. Gegen Bedenken seiner Beamten habe Wirtschaftsminister Martin Bartenstein am 20. Jänner die Lieferung von 30.000 Glock-Pistolen an das irakische Innenministerium genehmigt. Dabei würden immer wieder Pistolen am Schwarzmarkt landen, auch begehe die irakische Polizei Menschenrechtsverletzungen.

Intervention? Laut Pilz war die Genehmigung der Erfolg einer politischen Intervention – nicht nur bei Bartenstein, sondern auch bei Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Ex-Kanzler Wolfgang

Schüssel und Außenministerin Ursula Plassnik.

Ausreichend dokumentiert. Stimmt so nicht, heißt es im Wirtschaftsressort. Die irakischen Behörden hätten ausreichend dokumentiert, dass die Waffen nicht weitergegeben werden. Nicht genehmigt worden sei eine Lieferung von 10.000 Glock an die US-Armee im Irak: Die wollte keine Zusage geben, dass die Waffen nicht weitergegeben werden.

Erst am Dienstag hatte die britische Zeitung „The Daily Telegraph“ berichtet, US-Truppen hätten bei Aufständischen im Irak Gewehre des österreichischen Waffenherstellers Steyr Mannlicher gefunden, die vor zwei Jahren an den Iran verkauft worden seien. Steyr Mannlicher geht aber davon aus, dass es sich um Nachbauten handelt. (saw/go)



19. Februar 2007

ANSCHULDIGUNGEN / Laut britischer Zeitung „The Daily Telegraph“

Politische Affäre



Die niederösterreichischen Besitzer der Waffenproduktion Steyr Mannlicher sind Kummer mit US-Behörden gewohnt. Zuerst war von amerikanischer und britischer Seite scharf kritisiert worden, dass zum Jahreswechsel 2004/2005 rund 800 Scharfschützengewehre der Marke „Steyr Mannlicher HS 50“ an den Iran geliefert worden waren. Was schließlich sogar zu einem US-Embargo gegen Steyr Mannlicher führte. Jetzt ist in der britischen Zeitung „The Daily Telegraph“ die Anschuldigung erhoben worden, dass irakische Aufständische diese Waffe verwendet haben sollen. Tatsächliche Beweise wurden dafür allerdings noch nicht geliefert.

Der Tullner Unternehmensberater Franz Holzschuh (52), der im Jänner Steyr Mannlicher gemeinsam mit Partner erworben hat, bleibt deswegen auch gelassen: „Jeder kritische Leser weiß, dass das damals ein völlig legales Geschäft mit dem Iran mit Zustimmung der österreichischen Bundesregierung war. Wir wissen außerdem noch immer nicht, ob die betroffenen Waffen im Irak tatsächlich aus unserer Produktion stammen, schließlich werden sie weltweit nachgebaut. Um etwas unternehmen zu können, bräuchten wir die Seriennummern. Die haben wir von amerikanischer Seite aber bis heute (Anm: Do, 15. 2.) nicht bekommen. Noch sind keine Auswirkungen auf unser Unternehmen erkennbar, aber dazu ist die Sache auch noch zu frisch.“

Vor Franz Holzschuh musste sich der Wiener Neustädter Wolfgang Furlinger Vorwürfen aus den USA stellen. In seine Zeit – er hatte Steyr Mannlicher 2001 von der CA

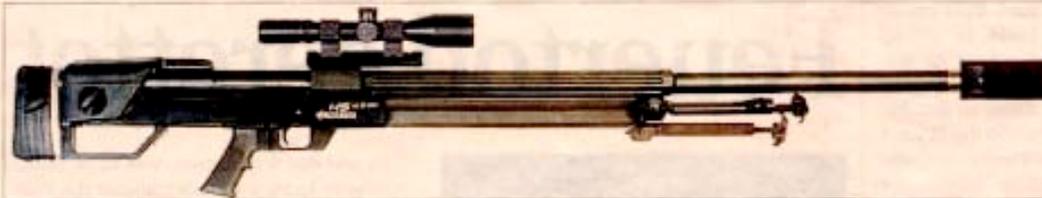
Wolfgang Furlinger aus Wiener Neustadt war wegen der Waffen 2006 bei einem Hearing im State Department. FOTO: BALDAUF



19. Februar 2007

sind Scharfschützen-Gewehre von Steyr Mannlicher von Aufständischen verwendet worden.

um Steyr-Gewehre im Irak



Das Präzisionsgewehr „Steyr HS 50“ kann mit spezieller Munition auf 1000 Meter eine daumendicke Stahlwand durchschlagen. FOTO: STEYR

erworben und nun aus privaten Gründen wieder verkauft – fällt die Lieferung der 800 Gewehre in den Iran. Er kann dafür allerdings auf eine Genehmigung der Bundesregierung verweisen, was die Opposition damals scharf kritisierte. Innenminister Günther Platter verteidigte deswegen auch jetzt den Export und verwies auf das damals vorliegende Endnutzer-Zertifikat im Iran. Platter zu den Berichten, dass solche Waffen in den Irak gelangt sind: „Das ist irgendeine Berichterstattung, das kann ich nicht bestätigen.“

Bestätigung kam auch keine aus der US-Botschaft in Wien. Sprecher William Wan-

lund: „Wir gehen diesen Berichten auf den Grund. Sollten sich die Berichte als wahr erweisen, wären sie hochgradig beunruhigend.“

Das US-Embargo gegen Steyr Mannlicher besteht noch bis Ende des Jahres. Da konnte auch nicht durch ein Hearing verhindert werden, dem sich Wolfgang Furlinger im State Department in den USA stellte. Neo-Besitzer Franz Holzschuh allerdings sieht im Embargo keine besonderen Auswirkungen auf die Firma. Er verweist außerdem darauf, dass es sich bei den angeblichen Waffenfunden im Irak auch um nachgebaute Gewehre handeln könnte.



Neo-Besitzer Franz Holzschuh aus Tulln: „Das US-Embargo hat praktisch keine Auswirkungen.“ FOTO: NÖN

SCHUSSWAFFENPRODUZENT STEYR MANNLICHER

Der Feuerwaffenproduzent Steyr Mannlicher, der in Österreich vor allem als Hersteller der Bundesheer-Sturmgewehre StG 58 und StG 77 bekannt ist, hat im vergangenen Jahr mit rund 100 Mitarbeitern einen Umsatz von 13 Millionen Euro gemacht. Unter der Premium-Marke „Mannlicher“

werden Jagdgewehre exportiert, unter „Steyr Arms“ Feuerwaffen für Militär und Polizei. Die Waffenschmiede war 1864 gegründet worden. Der Standort ist im Grenzgebiet Oberösterreich/Niederösterreich (Bezirk Steyr Land). Im Jahr 2001 hatte es der Wiener Neustädter Wolf-

gang Furlinger von der Creditanstalt erworben. Im Jänner ist es in den Besitz des Tullner Unternehmerberaters Franz Holzschuh übergegangen, der es mit Partnern gekauft hat. Nicht betroffen ist davon das moderne Schießzentrum, das Wolfgang Furlinger in Wiener Neustadt errichtet hat.

Ohne Gewehr

Affäre. Der Iran soll österreichische Präzisionswaffen an irakische Guerilleros geliefert haben. Bewiesen ist dies freilich noch keineswegs.

Von Martin Staudinger

Hundert Präzisionsgewehre aus österreichischer Produktion, 2004 an Polizeieinheiten im Iran geliefert, dann in den Irak geschmuggelt, bei Attentaten auf US-Soldaten eingesetzt, jetzt endlich sichergestellt: Sollte die Meldung stimmen, dann wäre ihr Inhalt eine echte „smoking gun“ – die rauchende Pistole, die beweisen könnte, dass die iranische Regierung den Guerillakrieg gegen die US-Truppen im Irak mit Waffen unterstützt.

Sollte. Wäre. Könnte. Weiter als zum Konjunktiv hat es der Verdacht nicht gebracht, seit er vergangene Woche vom „Daily Telegraph“ in die Welt gesetzt wurde. Wobei er im Grunde nicht unplausibel ist und bis in den Oktober 2003 zurückreicht. Damals suchte die Steyr Mannlicher GmbH um Exportgenehmigung für 2000 Scharfschützengewehre des Typs „HS .50“ im Wert von rund 8,8 Millionen Euro an Empfänger: die Islamische Republik Iran.

Die dortige Polizei benötigte die Waffen, deren Geschosse gepanzerte Fahrzeuge bis zu einer Entfernung von zwei Kilometern perforieren können, um ihre „Offiziere bei der Erfüllung ihrer offiziellen Pflichten, Drogen-, Terrorismusbekämpfung und Grenzüberwachung, zu schützen“. So steht es im so genannten End-User-Zertifikat, der hochoffiziellen Bestätigung für den Verwendungszweck der Gewehre, die in diesem Fall sowohl vom iranischen Außenamt als auch vom Innenministerium in Teheran gezeichnet wurde.

Kaum war der geplante Deal richtbar geworden, begannen die USA und Großbritannien bei der damaligen österreichischen Regierung unter Wolf-

gang Schrüssel zu intervenieren. Vorerst ohne Erfolg: „Der ÖVP war das Geschäft wichtiger als die Freundschaft mit den USA“, sagt der Grün-Politiker Peter Pilz. „Und das Kriegsmaterialgesetz war ihr völlig egal.“

Widerruf. 2005 setzten sich Washington und London aber doch durch. „Aufgrund des in-

ternationalen Aufsehens“ (Zitat aus einem Schreiben des Außenamts) wurde die Ausführungsgenehmigung widerrufen. Zu diesem Zeitpunkt hatte Steyr Mannlicher bereits 800 Stück „HS .50“ in den Irak gebracht.

Für das Unternehmen hatte die Sache unangenehme Konsequenzen. Die Amerikaner sperrten Steyr Mannlicher für Ge-

wehre nur 45 Tage nach der ersten Steyr-Lieferung an den Iran mit einem der Gewehre ein US-Soldat im Irak erschossen wurden sein: also Anfang 2005, vor nunmehr zwei Jahren. Inzwischen seien immer wieder Steyr-Waffen entdeckt worden.

Die Amerikaner selbst geben sich wortkarg: Gegenüber profil wollte weder das Verteidigungs-



Rauchende Pistolen

Während Steyr Mannlicher im Iran aus dem Geschäft ist, macht die Glock GmbH im Irak gute Geschäfte: Am 20. Jänner genehmigte Wirtschaftsminister Martin Bartenstein die Ausfuhr von 30.000 Glock-Pistolen für das irakische Innenministerium – laut Pilz gegen Bedenken aus dem eigenen Haus und dem Außenamt. Prüter hatten die „Unterwanderung irakischer Sicherheitskräfte durch Milizen“ und „schwere, systematische Menschenrechtsverletzungen“ angeführt. Bei der US-Armee im Irak seien zudem tausende Waffen, darunter bereits gelieferte Glock-Pistolen, einfach „verschwunden“. Pilz: „Bartenstein sorgt dafür, dass der Schwarzmarkt Nachschub erhält.“ Das Wirtschaftsministerium: „Die Beamten hatten keine Bedenken, sie haben die Lage analysiert. Genehmigt wurden nur Anträge, bei denen die geforderten End-User-Zertifikate vorlagen.“

schäfte mit US-Bundesbehörden und erzwangen damit im Sommer 2006 die Herausgabe der Seriennummern sämtlicher Gewehre, die an den Irak geliefert worden waren.

Eigentlich sollte es nunmehr keine Schwierigkeit sein, die angeblich im Irak aufgetauchten Waffen zu identifizieren. „Wir brauchen bloß die Seriennummer in den Computer einzugeben, um zu wissen, ob ein Gewehr von uns stammt und an wen es verkauft wurde“, sagt Franz Holzschuh, Geschäftsführer der Steyr Mannlicher Holding GmbH.

Bis Ende vergangener Woche ist eine derartige Anfrage betreffend die in den Irak gelieferten Waffen allerdings weder bei Holzschuh noch im Wiener Innenministerium eingelangt – erstaunlicherweise. Denn laut „Daily Telegraph“

Soldat mit „HS .50“ von Steyr Mannlicher, Geschäftsführer Franz Holzschuh verhältene Reaktion auf angeblich spektakulären Fund

ministerium noch das Zentralkommando der US-Armee in Florida den Bericht bestätigten. Auch das Hauptquartier der Operation „Iraqi Freedom“ in Bagdad blieb auf zwei Anfragen jegliche Antwort schuldig. Angesichts eines derart spektakulären Fundes sind das recht zurückhaltende Reaktionen. Aber das Gerücht ist nun einmal verbreitet. Und es passt perfekt in die Drohkulisse, die Washington gerade errichtet, um die Mächtigen-Atommacht Iran unter Druck zu bringen: unter anderem mit immer neuen Vorwürfen, Teheran sei für das Chaos im Irak verantwortlich. Als Beleg dafür präsentierten die USA vergangene Woche diverse Fotos von eindeutig aus dem Iran stammendem Kriegsmaterial.

Steyr-Gewehre waren darauf freilich nicht zu sehen. ■

profil

19. Februar 2007



Die Folge

Proteststurm gegen Österreich in US Blogs

ÖSTERREICH

20. Februar 2007



Waffenaffäre „Steyrgate“ sorgt in den USA für einen Proteststurm

Die im Irak gefundenen angeblichen Steyr-Gewehre heizen die Proteste in den USA an. Das US-Außenministerium erhöht den Druck.

Washington. In den USA machen wegen der Iran-Lieferung der „HS50-Gewehre“ des österreichischen Produzenten Steyr-Mannlicher Boykottaufrufe gegen Österreich die Runde.

„Was kann gegen ein Land getan werden, das 800 der modernsten Heckenschützen-Gewehre in den Iran liefert und sich dann überrascht zeigt, wenn viele davon auf wundersame Weise im Nachbarstaat Irak auftauchen und mit ihnen US-Soldaten abgeknallt werden?“, fragt der unter US-Rechten bekannte Internet-Blogger James Lewis.

Wenn zehn Prozent amerikanischer Touristen Österreich „für ein paar Jahre boykottieren und stattdessen lieber ins nahegelegene, wunderschöne Prag reisen würden“, so Lewis weiter, könnte Österreich vielleicht Interesse zeigen, wie ihre Exporte „US-Soldaten im Irak das Leben kosten“.

Der Fund der 100 „HS50-Gewehre“ durch die US-Armee im Irak am 13. Februar, hat – vor allem unter US-Patrioten – wie eine Bombe eingeschlagen. Die zunehmende Bedrohung von US-GIs durch Scharfschützen

in der irakischen Bürgerkriegshölle verdeutlicht einen der wundensten Punkte der US-Besatzung.

Durch „Steyrgate“, wie die Affäre in Diskussionen getauft wurde, gerät Österreich voll ins Visier amerikanischer „Hurra-Patrioten“. Erwähnt wird auch die Lieferung von 30.000 Glock-Pistolen in den Irak, mit denen noch mehr Amerikaner „abgeknallt werden könnten“, so ein Beitrag.

Öl ins Feuer. Die Pressestellen des US-Außen- und Verteidigungsministeriums gießen dazu weiter Öl ins Feuer: Ein Dossier des in Verteidigungstragen hochangesehenen Institutes Stratfor, in dem die verheerende Wirkung der Steyr-Präzisionswaffen beschrieben wird, wurde an lokale und internationale Medien, darunter ÖSTERREICH, verschickt (siehe Story rechts). Auszüge der Strat-

for-Analyse landet prompt auch in jenen Foren, wo die Boykottaufrufe gegen Österreich kursieren. Besonders schockierte, die Kugeln aus den Steyr-Waffen die „gepanzerten Eliten der kugelsicheren Werten“ der GIs durchbohren. Steyr-Mannlicher betont, dass es sich bei den hergestellten Waffen um „Nachbauten“ handelt.

H. Bauernebel, New York



„Ohren und geschlossen“

„gemäß reagieren die... it, wenn ein Staat Waffen... tregon liefert, in der... che Truppen kämpfen... bel wird es, wenn dann... US-Soldaten durch diese... ötet werden. Genau das... en: Mit österreichischen... itzengewehren wurde er... aßen mindestens ein US... Irak erschossen. reise müssten im Kanz... in diversen Ministerien... armglocken läuten und... tiehende Unheil mit allen... chen Mitteln bekämpft... ch was hört man von den... ? - „Wir wissen von... at keiner et was gesagt“... eht uns nix an“. fen, die sich Ohren, Mund... zubalhalten, sind diploma... gegen unsere Politiker.“

Österreichische Regierung hält sich zu Waffenaffäre bedeckt Pilz: „Schwerwiegender Vorwurf“

Wien. „Meine schlimmsten Befürchtungen sind bestätigt.“ So kommentierte der grüne Abgeordnete Peter Pilz die Lageanalyse in der Waffenaffäre, die ein Pressesprecher des US-State-Departments ÖSTERREICH übermittelte. „Es ist ein schwerwiegender Vorwurf, dass noch amtierende Regierungsmitglieder eine gesetzeswidrige Ausfuhr an das iranische Regime ermöglicht haben“, so Pilz.

Die Regierung hält sich zu der Causa der im Irak aufgetauchten Steyr-Gewehre bedeckt. Das Verteidigungsministerium verkündete lediglich, es sei in dieser Frage nicht zuständig. Die Spre-



Pilz will Innenminister Plattner mit der Affäre konfrontieren.

cherin des Außenministeriums, Astrid Harz, betonte, das Papier enthalte keine neuen Belege, dass es sich bei den Gewehren um Produkte von Steyr-Mannlicher handle. „Das Papier ist alt. Die Behauptungen sind nicht nachvollziehbar“, sagte Harz

zu ÖSTERREICH. So se keine Seriennummern an führt, zudem habe es keine offizielle Anfrage der USA an die österreichische Regierung gegeben.

Für Peter Pilz ist dies keine Überraschung. „Das Außenministerium wollte nie et davon wissen, weil die Innenministerin persönlich Mitschuldige und Mitverantwortliche ist.“ Die Konsequenzen aus der Affäre seien bereits spürbar. So hätten die USA bei der Terrorismusbekämpfung ihre Zusammenarbeit mit Österreich aufkündigt. Pilz will am März im Innenausschuss Innenminister Plattner mit der Affäre konfrontieren.



ÖSTERREICHISCHE MARKETING-GESSELLSCHAFT in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Marketing-Verband

Die Presse

Wirtschaftsforschung der Führungskräfte WdF

ACG Austria

iv INDUSTRIELLEN VEREINIGUNG

Bauer PR

ÖSTERREICH

20. Februar 2007



Präsident George W. Bush:
Iran lieferte Waffen weiter.

Stratfor-Papier: Gewehre stammen aus Iran

Washington. Die von US-Regierungsstellen verbreitete Analyse des Think-Tanks Stratfor behauptet, dass US-Geheimdienste die im Irak gefundenen 100 Steyr-Gewehre an Hand ihrer Seriennummern der Iran-Lieferung aus dem Jahr 2005 exakt zuordnen hatten können.

Das Papier beschreibt die verheerende Wirkung der österreichischen Steyr-Gewehre. „Die 50-Kaliber-Patronen sind kraftvoll genug“, um nicht nur die Einlagen in kugelsichere Westen, sondern auch die Panzerungen von Militärfahrzeugen zu durchschlagen. Die Waffe, die Ziele aus einer Entfernung von mehreren tausend Metern präzise treffen kann, sei „zielsicherer“ als die von der US-Armee verwendete „M82A3 Barrett 50-Kaliber“. Nach „sporadischem“ Beschuss durch Heckenschützen im Jahr 2004 sei die Opferzahl unter US-GIs in letzter Zeit gestiegen. Die Gewehre könnten bei der laufenden Großoffensive den USA „deutliche Verluste“ zufügen.

Info-Box

„Steyrgate“ in den US-Blogs

www.americanthinker.com/blog/2007/02/should_americans_boycott_austr.html

www.righttruth.typepad.com/right_truth/2007/02/rifles.html

www.hyscience.com/archives/2007/02/about_these_stg.php



ÖSTERREICHISCHE
MARKETING-GESellschaft
in Zusammenarbeit mit dem
Deutschen Marketing-Verband

Die Presse

Wirtschaftsforschung der Führungskräfte
WdF

ACG Austria

iv INDUSTRIELLEN
VEREINIGUNG

Bauer PR

ÖSTERREICH

21. Februar 2007

„Steyr“-Jagdgewehre stehen auf Abschussliste der Blogger Neue Boykottaufrufe aus den USA

New York. Die Wut in Teilen der US-Bevölkerung über das angebliche Auftauchen von 100 Steyr-Scharfschützengewehren im Irak hält an. Im Internet machen Boykottaufrufe gegen die Waffenfirma Steyr-Mannlicher die Runde. „Die verkaufen eine Menge Gewehre hier in Amerika“, schrieb ein US-Bürger: „Doch es gibt Alternativen“.

Bereits die ursprüngliche Lieferung von 800 „HS50“-Präzisionsgewehren an den Iran hatte 2005 für kräftige Verstimmung in den USA gesorgt. Per Regierungsdekret wurde Steyr-Mannlicher von jeglichen Geschäften mit der US-Regierung ausgeschlossen.

Diese hält sich nun bedeckt. Das Institut für Verteidigungsfragen, *Stratfor*,

dessen Analyse über die verheerende Wirkung der Gewehre von Mitarbeitern des US-Außenamtes verbreitet worden war, ruderte zurück. „Wir können nicht offiziell bestätigen, dass die Waffen auch tatsächlich im Irak aufgetaucht sind“, heißt es auf der Homepage des *Think Tanks*.

H. Bauernebel, New York

WIENER ZEITUNG

DER OBJEKTIVITÄT VERPFLICHTET

21. Februar 2007

Warten auf Seriennummern

■ Wien/Washington. Die Affäre rund um die letzte Woche bei irakischen Terroristen gefundenen Steyr-Männlicher-Gewehre hält Amerikaner wie Österreicher weiter in Atem. Die Seriennummern der Waffen, die klären sollen, ob es sich um Originale oder um Nachbauten handelt, seien noch nicht in Erfahrung gebracht worden, hieß es aus der US-Botschaft in Wien. Die Dauer der Nachforschungen erkläre sich dadurch, dass nicht die USA, sondern britische Medien die Affäre aufgebracht haben. Zusatz: „Sollte es sich tatsächlich um Gewehre aus Österreich handeln, wären wir sehr besorgt.“ ■

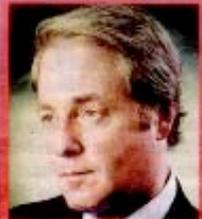
ÖSTERREICH

24. Februar 2007

Waffen aus Österreich im Irak



Neue Indizien für „Steyr-Gate“



Terror-Experte Emerson: „Meine Quellen bestätigen das Pentagon.“



Das Steyr-Scharfschützengewehr HS.50 gilt als fälschungssicher.

US-Experte bestätigt britischen Bericht über Steyr-Waffen im Irak

Gerüchte, wonach Steyr-Gewehre im Irak auftauchten, vordichten sich. Beweise würden den USA als Kriegsgrund gegen den Iran dienen.

New York. Ein angesehener Terror-Experte in den USA hat die Meldung bestätigt, wonach 100 der insgesamt 800 in den Iran ausgelieferten HS.50-Scharfschützengewehre der Firma Steyr Mannlicher im Irak sichergestellt wurden. Dies ist die erste Bestätigung seit den anfänglichen Berichten in der britischen Zeitung Daily Telegraph.

„Das habe ich auch von meinen Quellen gehört, die diesbezügliche Geheimreports gesehen haben“, sagte Steven Emerson, Aufdeckungs-Journalist und Kon-

H. BAUERNEBEL

Report aus New York



sulent in Sicherheitsfragen für den TV-Sender NBC. Die Enthüllung, wonach die im Iran gefundenen Präzisionsgewehre Made in Austria von aufständischen Scharfschützen gegen US-Truppen eingesetzt würden, hatte in den USA zu wütenden Reaktionen in rechten Internet-Foren und Boykottaufrufen gegen Österreich geführt.

„Kein Dementi.“ Offizielle Stellen in den USA haben jedoch bisher Stellungnahmen verweigert. Auf ÖSTERREICH-Anfrage im US-Hauptquartier in Bag-

dad wurde lapidar mitgeteilt, keine Information über die angeblichen Funde zu haben. „Das ist eher kryptisch formuliert“, sagt Emerson zu ÖSTERREICH: „Das sagen sie, wenn sie zum gegebenen Zeitpunkt nichts preisgeben wollen – das ist jedenfalls kein Dementi.“

Munition gegen Iran. Die Kernfrage ist zurzeit: Warum präsentieren die US-Militärs die gefundenen Waffen, ob Fälschungen oder nicht, nicht der Öffentlichkeit? Emerson glaubt, dass der Prozess des Sammelns an Beweisen für iranische Waffenlieferungen in den Irak auf Hochtouren läuft und man sich „Pfeile im Köcher“ aufbewahren könnte.

„Nach den Erfahrungen im Irak“, so der Experte, „wo die als Kriegsgrund genannten Massenvernichtungswaffen nie gefunden wurden, könnte diesmal zum geeigneten Zeitpunkt alles bisher Gesammelte auf einmal vorgelegt werden.“

Weitere Beweise? Genauere Informationen über Steyr-Gewehrfunde soll die Defense Intelligence Agency (DIA), das militärische Pendant zum Geheimdienst CIA, haben. Und deren Glaubwürdigkeit ist gestiegen, nachdem DIA-Experten bereits vor der Irak-Invasion gewarnt hatten, dass die Suppe bei Saddams angeblichen Arsenalen an Massenvernichtungswaffen zu dünn sein könnte.



ÖSTERREICHISCHE
MARKETING-GESellschaft
in Zusammenarbeit mit dem
Deutschen Marketing-Verband

Die Presse

Wirtschaftsforschung der Führungskräfte
WdF

ACG Austria

iv INDUSTRIELLEN
VEREINIGUNG

Bauer PR

Die Reaktion von Steyr-Mannlicher

Dementi 13. Februar 2007 (APA)

TV Interviews 13.2.2007 (RTL, SAT1, ORF, ARD)

Kontaktaufnahme mit Central Command, Bagdad

Internet-Seite Steyr-Mannlicher

Klarstellung: Brief an US-Botschaft

Leserbrief Wall Steet Journal

Presseaussendung Großbritannien

Das Ergebnis

22.3.2007

The Wall Street Journal

THE WALL STREET JOURNAL.

LETTERS TO THE EDITOR

Thursday, March 22, 2007 **A15**

We Don't Want Our Guns Used in Iraq

The management and employees of Steyr-Mannlicher share your deep concern about reports that weapons we produced may have fallen into the hands of Iraqi insurgents ("Iran's Smoking Guns," Review & Outlook, Feb. 16).

As you rather backhandedly acknowledge, Steyr-Mannlicher agreed three years ago to deliver a shipment of HS50 rifles to Iran for legitimate and important law enforcement purposes—to equip drug interdiction forces patrolling that nation's border with Afghanistan. Iran's effort to close off the routes of a violent and dangerous drug trade—one that is operated by Afghan warlords, is reportedly the source of most of the heroin reaching Western Europe, and is helping finance the activities of America's terrorist enemies—is certainly one area in which Americans share a common cause with the regime in Tehran.

As you also acknowledge, our company sought and received written assurances from Iranian authorities that use of these weapons would be limited to this intended and worthy law enforcement purpose. If—and

Steyr-Mannlicher has not yet received confirming evidence from the U.S. government that this is the case—any of the rifles we manufactured and sold to the Iranian government have made their way into Iraq, we will seek a full explanation and pursue all remedies available under this agreement. The American people can be certain that we do not want to see the high-quality weapons that we build with pride to assist law enforcement personnel misused for purposes and in countries other than those authorized.

In the meantime, we reiterate our pledge to provide full support to the U.S. government in investigating whether Steyr rifles legally exported to support law enforcement efforts against drug dealers in Iran have been used for another purpose and, in the event these weapons are indeed proven to be involved, to take any and all steps within our power to prevent any further unauthorized and illegal use.

FRANZ HOLZSCHUH
Chief Executive Officer
Steyr-Mannlicher, GmbH
Kleinraming, Austria



Das Ergebnis

US Lieutenant Commander Scott
Miller dementiert Verwendung von
Steyr HS.50 im Irak

Das Ergebnis

WIENER ZEITUNG

DER OBJEKTIVITÄT VERPFLICHTET

30. März 2007

US-Streitkräfte widersprechen Zeitungsbericht: „Keine österreichischen Waffen bei Terroristen gefunden“

Doch keine Austro-Waffen im Irak

Von Alexander U. Mathé

- „Gerüchte haben sich nicht bestätigt.“
- Erleichterung bei Steyr-Mannlicher.

Wien. Was als Steyrgate begonnen hat, endet nun als Seifenblase. Eine englische Tageszeitung hatte im Februar berichtet, dass panzerbrechende Scharfschützengewehre der österrei-

chischen Firma Steyr-Mannlicher in Händen irakischer Terroristen gefunden worden seien. Doch nun widerspricht das für die Streitkräfte am Golf verantwortliche U.S. Central Command diesem Artikel. „Im Irak wurden keine österreichischen Waffen gefunden“, erklärte Lieutenant Commander Scott Miller am Donnerstag im Gespräch mit der „Wiener Zeitung“. „Es hat zwar entsprechende

Gerüchte gegeben, diese Gerüchte haben sich aber nicht bestätigt.“ Nähere Details wurden allerdings vorerst nicht bekannt.

Auch Österreich vom Pranger genommen

Steyr-Eigentümer Franz Holzschuh war zwar hocherfreut, nun offiziell vom „Pranger“ genommen worden zu sein, will die Angelegenheit aber nicht mehr weiterverfolgen. „Schlafen-

de Hunde soll man nicht wecken. Ich bin froh, dass Gras über die Sache gewachsen ist“, sagte Holzschuh. Dennoch reagierte er auf die Aufklärung der Affäre sichtlich erleichtert, waren dadurch doch sowohl Steyr-Mannlicher als auch die österreichische Regierung in Verruf geraten.

Der „Daily Telegraph“ hatte im Februar berichtet, dass mehr als 100 Scharfschützengewehre des Typs

HS50 bei Razzien der US-Truppen in Bagdad gefunden worden waren. Die Waffen stammten angeblich aus einer Lieferung, die 2005 mit Genehmigung der österreichischen Regierung an Sicherheitskräfte des Iran gegangen war. Der Redakteur des Artikels war leider für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

Politisch besonders brisant war der Fall dadurch geworden, dass England

und die USA das Geschäft mit dem Iran heftig kritisiert hatten. Beide waren der Ansicht, die Waffen könnten in die Hände von Terroristen im Irak geraten.

Die Zeitungsmeldung schien diese Befürchtung zu bestätigen und das von den USA verhängte Embargo gegen Steyr-Mannlicher auf eine starke Grundlage zu stellen. Dieses Embargo soll übrigens Ende dieses Jahres auslaufen. ■

Kommunikation in Krisensituationen

Fallbeispiel 3:

Wie man in wenigen Wochen vom medialen Darling zum Sündenbock wird.

Michael Mauritz, Leiter Konzernkommunikation
Erste Group Bank AG

FT, 26.2.2009

Variable vulnerability

Crisis hits eastern Europe As jobs are lost and foreign investment projects fall by the wayside, tensions are rising in the aggrieved new democracies – but some will still outperform, writes **Stefan Wagstyl**

This should have been a year of celebration in central and eastern Europe. It is 20 years since the Berlin Wall fell, the 10th anniversary of Nato's eastward expansion and five years after the European Union began its enlargement into the region: from the Baltic to the Black Sea, the countries that escaped from Soviet rule have much to commemorate.

But the global economic crisis has spoilt the party. Instead of building on the achievements of the past two decades, the region's leaders are facing

He and others applaud the Czech Republic, holder of the EU's rotating presidency, for challenging Nicolas Sarkozy, the French president, over suggestions that aid to France's car-makers might be tied to preserving French jobs rather than those the marques provide in central Europe. Mirek Topolánek, Czech prime minister, spoke for many in the CEE region when he said the response of eurozone countries "has deformed the joint project of the euro more than any other imaginable event".

post-communist chaos of the early 1990s. Migrants are returning home from the faltering economies of western Europe and Russia. Foreign direct investment is being postponed, as with Fiat's €1bn (\$1.3bn, £90m) plan to modernise Serbia's Zastava car plant.

Worse, some of the international banks that fuelled the recent economic growth are struggling to fund local subsidiaries, raising fears of collapses in credit. According to the Bank for International Settlements, the central banks' grooming, at the end of September

FT, 26.2.2009

Exposed Vienna tries to put a brave face on its

The fall of communism in eastern Europe marked the beginning of a long bonanza for Austria. From the late 1960s it recorded growth rates well above the eurozone average thanks to its massive engagement in the economies of its by then booming neighbours. As recently as January this year, the European Commission predicted that the country would be less affected by the global economic downturn than Germany or Italy.

Yet Austria's luck may have finally run out. Of particular concern is the huge exposure of the three major banks, Bank Austria, Erste Bank and Raiffeisen, to central and eastern European economies now in the grip of a deepening financial crisis. Shares of Erste Bank and Raiffeisen International, once the heavyweights

long run. Ewald Nowotny, the governor of the Austrian National Bank, points to the relatively solid economies of the Czech Republic and Slovakia, two of Austria's main economic partners. "Austria is most exposed in those countries that are still expected to grow," he says.

The two main trouble-spots are Ukraine, where Raiffeisen has a large exposure, and Romania, where Erste Bank has been the market leader since it acquired Banca Comerciala Romana in 2005. Both countries are suffering from high private debt burdens and are projected to see a surge in default rates.

But Andreas Treichl, Erste Bank's chief executive, says: "Ninety-eight per cent of our clients make their interest payments on time. I don't see

FT, 23.2.2009

Eastern crisis that could wreck the eurozone



Wolfgang Münchau

The crisis started in the US, but Europe is where it might turn into catastrophe.

A senior policymaker told me last week that the present situation reminded him of the 1992 crisis of Europe's exchange rate mechanism, when one country after another became subject to speculative attacks – leading to the expulsion of the UK and Italy from the system. In a

Europe. The possibility of a financial collapse there is the most urgent policy issue the European Union must confront at this point. If mishandled, it could bring down the eurozone.

The crisis has hit central and eastern Europeans so disproportionately hard because of two policy errors by their governments. The first was to encourage households to obtain mortgages in foreign currencies. In Hungary, almost every mortgage is a foreign currency mortgage, mostly denominated in Swiss francs. The choice of Swiss francs is plausibly ludicrous – testimony to economic illiteracy. I could just about understand foreign currency borrowings in euros, since Hungary will eventually join the eurozone. But

the most active. Their exposure to eastern Europe is about 80 per cent of Austria's gross domestic product. If Hungarian households default, it is not Hungary that will go down, but Austria. Italy and Sweden are also exposed. A central and east European crisis is therefore a systemic event for the eurozone as well. One should not therefore treat this as someone else's problem – because it is not.

The smartest answer to the prospect of meltdown is the adoption of the euro in the region as quickly as possible

Naturally, the EU could provide financial help – through the International Monetary Fund – but it is not clear that this would stop a contagious balance-of-payments crisis in the region. If exchange rates were to drop further, household defaults could rise dramatically. Would we bail out those households as well?

In my view, the smartest answer to

as the average of the lowest three national rates. Soon, this will be a deflation rate. So an aspiring member state would be in the absurd position of having to deflate as a precondition for euro entry.

The inflation criterion is not only insane, it is also in conflict with other parts of European law. Since price stability counts as an important overriding goal of EU economic policy, enforcing a deflation criterion would be a clear breach of this objective. The same goes for the exchange rate criterion. Forcing a country into a two-year sentence of membership of the exchange rate mechanism – in which its currency would fluctuate against the euro in a fixed band – is an open invitation to speculators and would risk further instability. The accession criteria are inconsistent with basic stability rules. They should



ÖSTERREICHISCHE MARKETING-GESELLSCHAFT
in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Marketing-Verband

Die Presse

Wirtschaftsforschung der Führungskräfte
WdF

ACG Austria

iv INDUSTRIELLEN VEREINIGUNG

Bauer PR

WSJ, 5.3.2009

Regulators warn against single view of east Europe

By Jan Cieski in Warsaw, Thomas Eschritt in Budapest and Stefan Wagstyl in Riga

Financial regulators in six central and eastern European states warned yesterday that the region should not be treated as a single crisis-ridden area.

A statement issued by banking regulators in the Czech Republic, Slovakia, Poland, Bulgaria, Romania and Hungary said each state had its own specific economic and financial situation "and these countries do not constitute a homogenous region". The countries are all members of the European Union.

"Hungary is clearly the black sheep of the region... This isn't speculation"

Gabor Ambrus economist at 4cast

There is concern in the

continued fall reflected Hungary's decoupling in the eyes of investors from the broader region. "Hungary is clearly the black sheep of the region... This isn't speculation - it's driven by fundamentals."

However, there is still a tendency to treat the region as a whole. A recent report by Moody's, the credit rating agency, said western banks with eastern European subsidiaries could face downturns because of these ties. The agency expressed particular concern over high levels of foreign currency lending.

Such reports have driven regional authorities to distraction. Officials point out, for example, that the Czech Republic has almost no foreign currency in its total bank lending, Poland has about 30 per cent and Hungary 70 per cent.

Yesterday's statement said: "Such self-fulfilling speculation totally disregards fundamental economic

For CEE, words matter

The road to hell is paved with good intentions. The biggest economies in Central and Eastern Europe learned that lesson Wednesday, as confusing statements aimed at shoring up investor confidence achieved the opposite. Banking regulators in Bulgaria, the Czech Republic, Poland, Romania and Slovakia issued a joint statement to rebut recent comments from Austria that the region's banking system is so precarious it requires urgent European Union action. But the declaration focused attention on Hungary, the one country that hadn't signed the letter and which is already relying on a \$25 billion bailout led by the International Monetary Fund. The result? The forint fell to record lows as investors made itself appear even more out on a limb. A letter was leaked from the prime minister's office, which asked the European Central Bank to accept local-currency government bonds from non-euro-zone members states as collateral. Brher states quickly batted away the idea. The letter seemed another sign of desperation. Hungary's banking regulator hurriedly added its name to the statement issued by the five other authorities, blaming its original omission on a mess-up. The truth is that Austria, whose banks are the most exposed to the CEE, and Hungary, whose economy is in the most dire straits, have a mutual interest in the region being lumped together in investors' minds to increase the chance of a big bailout.

Bankers urge calm about East Europe

IHT, 5.3.2009

Bloomberg-News

BRATISLAVA, Slovakia: Central banks and regulators from six East European countries urged investors Wednesday to look at individual countries and not the region as a whole as the effects of the global financial crisis spread.

The exposure of Western banks in Eastern Europe is often "simplified and misleading and could have negative implications for banks operating in these countries," the central banks of Bulgaria, the Czech Republic, Romania and Slovakia, as well as the Polish and Hungarian financial regulators, said in a statement. All of the countries except Hungary posted economic growth in the fourth quarter.

The group rejected "initiatives" pointing to risks in the region's financial systems, saying that banking supervisors in individual countries were capable of responding appropriately to the situation on their respective markets.

"The intentions are obvious," said Michal Dybala, Central European economist at BNP Paribas in Warsaw. "They want to achieve some sense of stability, give an assurance that stabi-

Eastern eggshells

Europe For fragile former communist economies, debts run up during reconstruction are coming to haunt sometimes precarious governments - and western lenders are the most exposed, writes Stefan Wagstyl

The financial stability report regularly published by the International Monetary Fund is a document that usually makes compelling reading. But this week's, bearing the results of an assessment of the country's banks, was different. At first glance, all seemed reassuring. If the economy performed in line with mainstream forecasts and contracted by 3.5 per cent this year - and if the exchange rate stabilised at 200 forint to the euro - banks would keep their capital ratios above 10 per cent of total assets, the report found. Comfortably higher, in other words, than the international regulators' 8 per cent minimum.

But under a "stress scenario", with gross domestic product plunging 10.5 per cent, capital adequacy would drop to that 8 per cent level. Banks accounting for nearly half the total assets would fall below the minimum, it disclosed.

Hungary's economy is indeed deteriorating faster than expected. The forint trades at about 6 per cent below the central bank's baseline forecast, while a 25 per cent decline in industrial production for February, also announced this week, has pushed economists to cut their GDP forecasts to minus 5 per cent or worse. Nor is this the whole story. As the central bank's report says: "The calculations described above are characterised by considerable uncertainty... [making] credit risk forecasts very uncertain."

The Hungarian National Bank is addressing questions that bankers, business people and political leaders around the world are trying to answer. The search is particularly acute in central and eastern Europe (CEE) because the region has been especially reliant on credit - foreign credit in particular - for its recent rapid development.

At last week's London summit of the Group of 20 industrial and developing nations, world leaders promised extra money for the International Monetary Fund - much of which is likely to be used to support CEE. Even after this

\$1,600bn

Estimated exposure of western European banks to central and eastern Europe

week's sell-offs, regional currencies and stock markets are comfortably above the lows seen in February and early March. But the crisis is not over. As Andreas Treichl, chief executive of Austria's Erste Group, a big investor in

CEE, says: "Nothing has improved over the past few weeks but the market sentiment which was worse than it should have been."

There is still plenty to worry about, not least the possible knock-on effects on western Europe and its banks, which dominate banking in most CEE countries. Dominique Strauss-Kahn, the IMF managing director, told the Financial Times in an interview last week: "The risk of spillovers or contagion in central and eastern Europe exists... One issue is what might happen in these countries. Another is the possible impact on other countries whose banks have a big exposure to central and eastern Europe. We are not saying something is going to happen but it could, so the situation needs to be watched carefully."

As Mr. Strauss-Kahn knows well, CEE countries are not equally vulnerable. Six states are already in IMF anti-crisis programmes - Hungary, Latvia, Ukraine, Belarus, Georgia and Armenia. Three more are close to starting programmes - Romania, Serbia and Bosnia. But at the other end of the scale, Poland and the Czech Republic have said they do not need such assistance and Poland has actually contributed to Latvia's programme.

In politics, too, there are wide differences: Rumania and Poland, the region's two largest economies, seem stable, as does Romania following recent elections. The Czech Republic and Hungary have had their governments collapse in recent weeks and Ukraine is in prolonged crisis, with its leaders divided and Russia breathing down its neck. Economic and political difficulties are not unique to the region. In western Europe, one country has already required an IMF rescue (Ireland), two have lost governments (Ireland and Belgium), several have been forced to rescue ailing banks (including Ireland, the UK and Germany). As elsewhere, global events will also be important in determining how the crisis develops locally. But the CEE states are generally more fragile - as new democracies with immature market economies and, crucially, their high dependence on foreign credit. Having borrowed ahead, largely to finance their post-communist transformations, almost all CEE countries face a hard task in refinancing their external obligations.

The IMF spells out the risks in a report discussed this week in the FT: "The financial crisis is putting severe strains on the pre-existing vulnerabilities of emerging European economies... Credit losses at foreign subsidi-

aries of west European banks are threatening to start a vicious downward cycle... Regional currencies have come under pressure and tension among currencies is increasing." The authors estimate the region (excluding Russia because of its huge foreign exchange reserves but including Turkey) must roll over \$413bn (€281bn, £311bn) in maturing external debt this year and finance \$48bn in current account deficits, with smaller amounts due in 2010. Assuming debt rollover ratios decline to 50 per cent for private debt and 90 per cent for sovereign this year, with modest improvements in 2010, the IMF estimates the region's financing gap - the money that cannot be found in the market - could be \$120bn in 2009 and \$68bn next year, or \$160bn altogether.

On top of this, the region's banks, largely run by west European groups, could face non-performing loans of about 20 per cent of total loans. West European banks, with a regional exposure totalling \$1,600bn, could see losses of \$400bn. They might need \$100bn in new capital - or \$300bn in "a more severe full-fledged regional crisis".

Optimists about the IMF's estimates differ vary. Pessimists say the Fund is too positive because it starts with a predicted GDP decline for 2009 of 2.5 per cent. Among the gloomier forecasters is the UK's Capital Economics, which has pencilled in 6 per cent. As for rollover rates, optimists say success levels in refinancing debt are much higher than the IMF's 50 per cent for private borrowers. Even if rates dropped sharply in past crises, they argue, this time things will be different given the European Union's support.

Bankers admit bad debts will climb from about 3 per cent of total loans but say IMF is too negative with its 20 per cent forecast. Krista's Mr Treichl says this figure is "absolutely high", since CEE banks do not have the old debts that hang over some west European lenders. Also, with a ratio of total loans to GDP of about 100 per cent against 50 per cent, CEE is less indebted than western Europe, so risks of a spiral of cross-defaults are lower.

But dangers lurk in the rapid annual credit growth some countries saw in recent years, when banks may have bet corners on credit checks - and in the deep economic downturn, which is putting borrowers under more pressure than in western Europe. Neil Sheehy at Capital Economics sees nothing

FT, 5.3.2009

FT, 9.4.2009

THE WALL STREET JOURNAL.

Austrian banks on firing line

Exposure to Eastern Europe transforms once successful strategy into high-risk investments

By David Crawford
in Berlin and Marc
Champion in Brussels

When the ruble collapsed 10 years ago, taking the Russian economy with it, Austria's Raiffeisen International was one of the few foreign banks invested there that didn't flee. Until lately, that looked like a smart call.

The bank, a unit of Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, made a lot of money in Eastern Europe over the past decade—nearly 80% of its profit came from the region last year—and has built a regional financial empire.

Now, with currencies and economies under severe pressure across the region, Raiffeisen International is again having to decide whether to cut bait.

Chief Executive Herbert Stepic "will go for the same solution" he chose in 1998, says Wolfgang Putschek, who runs the bank's investment division. In an interview, he de-

clared it was in talks to join a euro currency band as a first step to joining the euro.

The Czech Republic central bank said its next interest-rate move would be higher, to support the Czech koruna.

Deputy Czech Prime Minister Alexandr Vondra, whose country holds the European Union's rotating presidency, said Wednesday the situation of banks operating in Central and Eastern Europe would be discussed at an emergency EU summit on the economy on March 1.

Austrian government officials have spent recent weeks fanning across Europe to per-

suade governments to stump up cash to support the region's financial system, so far to little avail. They also are negotiating to pump billions of euros into Austria's banks, money that Raiffeisen says will be used in part to support its operations in Eastern Europe.

The country of 8.3 million is particularly exposed to any

adopted a strategy of aggressive expansion into the region, according to a spokesman.

Raiffeisen went where many other banks and investors didn't dare venture. It became the largest foreign bank in Russia by assets. It acted as trustee for a secretive Ukrainian gas trader while he was the subject of organized-crime investigations in the U.S., Hungary and Austria. It expanded into Serbia, Bulgaria, Romania and other countries.

In 2005, Raiffeisen bought Bank Aval in the Ukraine, when critics said the price was too high and the prospects too unsure.

Today, 57% of Raiffeisen's total assets are in Eastern Europe and the ex-Soviet countries, according to bank data. In 2007, Raiffeisen posted a pre-tax profit of €1.48 billion, 79% of it from operations abroad.

The bank started making write-downs last year as some of its operations ran into trouble. While bank officials say most business is done in local currencies, about 50% of the loans Raiffeisen and its subsidiaries have made in Ukraine were in U.S. dollars, while many loans in Hun-

WSJ, 19.02.2009

Der ATX spiegelt die allgemeine Stimmung wider



ÖSTERREICHISCHE
MARKETING-GESellschaft
in Zusammenarbeit mit dem
Deutschen Marketing-Verband

Die Presse



ACG Austria

iv INDUSTRIELLEN
VEREINIGUNG

Bauer PR

CEE als Zielgebiet internationaler Medienberichte



PR-Erfahrung in der Krise I

- **Negative Standpunkte** über die Region und über Österreich wirken sich auf jedes Unternehmen und nicht nur auf direkt betroffene negativ aus. FT, Economist sind in der Regel die Speerspitzen positiver/negativer Berichte. WSJ und US Publikationen (IHT, NY Times, Business Week) wassern mit Lokalberichten nach.
- **Die Herdenmentalität und die Tendenz zum Klischee** und Stereotypen führten und werden weiterhin zur negativen Stimmung führen.
Negative Artikel werden immer von stereotypen Illustrationen begleitet (alte, arme Menschen, Pferdekarren, Werbephotos für Dienstleistungen eines Zahntechnikers....)
- **Solide Grundlagen und starke Geschäftsergebnisse sind nicht ausreichend** um einen Trendumkehr hervorzubringen - man kann nicht gegen den Strom schwimmen

PR-Erfahrung in der Krise II

- **Erfreuliche Nachrichten werden als Schlagzeilen anders verarbeitet als negative:** der sich derzeitig verbessernde Trend im Zentral- und Osteuropa und in Österreich sorgt nicht für dieselben Schlagzeilen, selbst wenn vom Kollaps bis dato nicht die Rede war
- **Negative Berichte über CEE besonders in UK haben Fall des Aktienkurses begleitet/verstärkt.** UK Publikationen mit den “besten” Schlagzeilen (Argentina on the Danube, CEE might put us all in the goulash)
- **Mediale Unzufriedenheit mit Informationsfluss:** Island-Obligo: “Erste Bank hat viel zu spät informiert”
- **Wie geht man mit offensichtlichem Unwissen oder bewußter Manipulation um?**

“Leichen im Keller”, “Bankbilanzen kann man nicht trauen - Banken haben immer noch Leichen im Keller”, “Wann endlich legen die Banken ihre Bilanzen offen?”
Wie passen Milliardengewinne und Staatshilfen zusammen?
- **Unerfahrenheit als Spielball in der politischen Diskussion:** Wie stellt man den Unsinn ab, den Politiker von sich geben?

Mögliche Reaktionen

- **Sicherstellen, dass IR und PR aufeinander abgestimmt sind:**
 - Es gibt nur eine einzige Botschaft
- **Die internationale Medienlandschaft sehr gut kennen:**
 - Die Medienberichterstattung kann unfair sein aber sie ist real
 - Internationale Kernjournalisten sollen identifiziert und mit ihnen den Kontakt gepflegt werden
 - Man soll sich dem internationalen Standpunkt gegenüber offen zeigen
- **Zu Hause kann man zwar ein großer Fisch sein...**
 - aber auf Europäischer Ebene eher ein bescheidener Player und dennoch ein **Spezialist, ein Experte oder eine Erfolgsgeschichte...**

Gewonnene Erkenntnisse

- Transparenz zahlt sich aus - auch wenn man dafür Watschen einsteckt
- Hintergrundinformationen helfen
- Realistische Erwartungshaltung einnehmen
- Neue Kommunikationskanäle in Betracht ziehen - Wie erreicht man Kunden ohne die bisherigen Medienkanäle?
- Interne Kommunikation ist ein Schlüssel für Krisenmanagement. Wie sagt der Kundenbetreuer was zu seinem Kunden?